

Abfallsatzung der Stadt Langen

Aufgrund der §§ 5, 19, 20, 51 und 93 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO), in der Fassung vom 01.04.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.11.2007 (GVBl. I S. 757), des Gesetzes über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten (Elektro- und Elektronikgerätegesetz ElektroG) vom 23.03.2005 (BGBl. I S. 762), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.07.2007 (BGBl. I S. 1462), § 4 Abs. 6 und § 9 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (HAKA) vom 20.07.2004 (GVBl. I S. 252), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.12.2006 (GVBl. I S. 619, 645), §§ 1 bis 5 a und 10 des Hessischen Gesetzes über Kommunale Abgaben (KAG) vom 17.03.1970 (GVBl. I S. 225), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31.01.2005 (GVBl. I S. 54), Verordnung über die Vermeidung und Verwertung von Verpackungsabfällen (VerpackV) vom 21.08.1998 (BGBl. I S. 2379), zuletzt geändert durch Verordnung vom 02.04.2008 (BGBl. I S. 531), Verordnung über die Beseitigung von pflanzlichen Abfällen außerhalb von Abfallbeseitigungsanlagen vom 17.03.1975 (GVBl. I S. 174), Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis AVV-Abfall-Verzeichnis-Verordnung vom 10.12.2001 (BGBl. I S. 3379), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.07.2006 (BGBl. I S. 1619), Verordnung über die Entsorgung von gewerblichen Siedlungsabfällen und von bestimmten Bau- und Abbruchabfällen (Gewerbeabfallverordnung-GewAbfV) vom 19.06.2002 (BGBl. I S. 1938), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20.10.2006 (BGBl. I S. 2298), hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Langen in ihrer Sitzung am 26.06.2002 folgende Satzung über die geordnete Entsorgung von Abfällen in der Stadt Langen mit Gebührenordnung (Abfallsatzung) beschlossen, die nach Änderungsbeschlüssen der Stadtverordnetenversammlung vom 05.12.2002, 02.10.2003, 13.10.2005, 7.12.2006, 4.12.2008, 29.10.2009 und 03.12.2009 wie folgt lautet:

Inhaltsübersicht:

Teil I

- | | |
|------|---|
| § 1 | Aufgabe, Begriffe |
| § 2 | Ausschluss von der Einsammlung |
| § 3 | Einsammlungssysteme |
| § 4 | Getrennte Einsammlung von Abfällen zur Verwertung und sperrigen Abfällen im Holsystem |
| § 5 | Getrennte Einsammlung von Abfällen zur Verwertung im Bringsystem |
| § 6 | Einsammlung von Abfällen zur Beseitigung (Restmüll) |
| § 7 | Einsammlung von Abfällen auf öffentlichen Verkehrsflächen |
| § 8 | Abfallgefäße, Mindestgefäßvolumen |
| § 9 | Bereitstellung sperriger Abfälle |
| § 10 | Einsammlungstermine |
| § 11 | Anschluss- und Benutzungszwang |
| § 12 | Allgemeine Pflichten |
| § 13 | Unterbrechung der Abfalleinsammlung |

Teil II

- § 14 Gebühren
- § 15 Entgelt für die Annahme von Abfällen auf dem Wertstoffhof
- § 16 14-tägige Entleerung; Gebühreennachlass und Abfuhrhythmus
- § 17 Ermäßigung für Kinderreiche
- § 18 Gebührenpflichtige; Entstehen und Fälligkeit der Gebühr
- § 19 Billigkeitsregelung

Teil III

- § 20 Ordnungswidrigkeiten
- § 21 Inkrafttreten

Teil I**§ 1****Aufgabe, Begriffe**

- (1) Die Stadt Langen betreibt die Abfallentsorgung in ihrem Gebiet nach Maßgabe des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) vom 27.09.1994 (BGBl.I S. 2705) und des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (HAKA) vom 23.05.1997 in der jeweils geltenden Fassung und dieser Satzung als öffentliche Einrichtung.
- (2) Die Abfallentsorgung der Stadt umfasst das Einsammeln der in ihrem Gebiet angefallenen und überlassenen Abfälle im Hol- und Bringsystem und die Abgabe der eingesammelten Abfälle an den oder die Entsorgungspflichtigen.
- (3) Die Stadt informiert und berät im Rahmen der Erfüllung ihrer Einsammlungspflicht über Möglichkeiten der Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen.
- (4) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann sich die Stadt Dritter bedienen. Dritter kann auch der Landkreis sein.
- (5) Einwohnerin bzw. Einwohner im Sinne dieser Satzung ist jede beim Einwohnermeldeamt mit Haupt- oder Nebenwohnsitz gemeldete natürliche Person.
- (6) Abfälle aus privaten Haushaltungen sind Abfälle, die in privaten Haushalten im Rahmen der privaten Lebensführung anfallen, insbesondere in Wohnungen und zugehörigen Grundstücks- oder Gebäudeteilen sowie in anderen vergleichbaren Anfallorten wie Wohnheimen und Einrichtungen des betreuten Wohnens.
- (7) Gewerbliche Siedlungsabfälle sind Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushalten, die in Kapitel 20 der Anlage der Verordnung über das europäische Abfallverzeichnis von 10.12.2001 (BGBl. I S. 3379) aufgeführt sind, insbesondere

- a) gewerbliche und industrielle Abfälle, die Abfälle aus privaten Haushaltungen aufgrund ihrer Beschaffenheit und Zusammensetzung ähnlich sind, sowie
- b) Abfälle aus privaten und öffentlichen Einrichtungen mit Ausnahme der in Absatz 6 genannten Abfälle.

§ 2

Ausschluss von der Einsammlung

- (1) Der städtischen Abfalleinsammlung unterliegen sämtliche Abfälle, soweit sie nicht nach Maßgabe dieser Satzung von der Einsammlung ausgeschlossen sind.
- (2) Von der Einsammlung ausgeschlossen sind:
 - a) Gewerbliche Siedlungsabfälle i.S.d. § 2 Nr. 1 der Verordnung über die Entsorgung von gewerblichen Siedlungsabfällen und von bestimmten Bau- und Abbruchabfällen (Gewerbeabfallverordnung), soweit diese Abfälle gem. § 3 Abs. 1 Gewerbeabfallverordnung einer Verwertung zuzuführen sind; Absatz 4 Satz 1 und 2 bleibt unberührt.
 - b) Besonders überwachungsbedürftige Abfälle i.S.d. § 41 Abs. 1 KrW-/AbfG.
 - c) Erdaushub und Bauschutt, soweit diese nicht in den bereitgestellten Abfallgefäßen, Depotcontainern, durch die Abfuhr sperrigen Abfalls oder andere Einsammelaktionen nach dieser Satzung durch die Stadt eingesammelt werden können.
 - d) Abfälle nach § 3 Abs. 3 HAKA ("Schadstoff-Kleinmengen").
 - e) Abfälle, die der Rücknahmepflicht aufgrund einer nach § 24 KrW-/AbfG erlassenen Rechtsverordnung unterliegen, soweit entsprechende Rücknahmeeinrichtungen zur Verfügung stehen, bzw. Abfälle, die nach § 25 KrW-/AbfG freiwillig zurückgenommen werden.
 - f) Besonders überwachungsbedürftige Abfälle nach der AVV-Abfall-Verzeichnis-Verordnung; § 4 Abs.1 d) und § 5 Abs.1 h-m) und r) bleiben unberührt.
- (3) Die von der Einsammlung ausgeschlossenen Abfälle sind von den Erzeugern und Besitzern dieser Abfälle nach den Vorschriften des KrW-/AbfG und des HAKA zu entsorgen. Insbesondere sind besonders überwachungsbedürftige Abfälle zur Beseitigung dem in der Verordnung nach § 11 Abs. 1 HAKA bestimmten zentralen Träger anzudienen, Abfälle nach § 3 Abs. 3 HAKA der vom Landkreis durchgeführten Einsammlung zuzuführen und zurückzunehmende Abfälle dem Rücknahmepflichtigen zurückzugeben.

- (4) Soweit Erzeugern und Besitzern eine Verwertung ihrer gewerblichen Siedlungsabfälle i.S.d. Abs. 1 a) aufgrund deren geringer Menge wirtschaftlich nicht zumutbar ist, können sie diese mit den bei ihnen angefallenen Abfällen aus privaten Haushaltungen gemeinsam erfassen. Sie unterliegen insofern der städtischen Abfalleinsammlung nach Maßgabe dieser Satzung. Die Erzeuger und Besitzer haben der Stadt auf Verlangen die wirtschaftliche Unzumutbarkeit darzulegen. Handelt es sich bei den gewerblichen Siedlungsabfällen um besonders überwachungsbedürftige Abfälle im Sinne der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis, so sind diese Abfälle nach Maßgabe des Abs. 3 zu entsorgen.

§ 3

Einsammlungssysteme

- (1) Die Stadt führt die Einsammlung von Abfällen im Hol- und im Bringsystem durch. Hol- und Bringsystem finden nebeneinander für alle genannten Stoffe Anwendung.
- (2) Beim Holsystem werden die Abfälle am Grundstück des Abfallbesitzers abgeholt.
- (3) Beim Bringsystem hat der Abfallbesitzer die Abfälle zu aufgestellten Sammelgefäßen oder zu sonstigen Annahmestellen zu bringen.

§ 4

Getrennte Einsammlung von Abfällen zur Verwertung und von sperrigen Abfällen im Holsystem

- (1) Die Stadt sammelt im Holsystem folgende Abfälle zur Verwertung und sperrige Abfälle ein:
- a) Papier, Pappe und Kartonagen,
 - b) Verpackungen i.S.d. VerpackV, die nicht aus Papier, Pappe, Kartonagen, Weißblech oder Glas bestehen,
 - c) sperrige Abfälle,
 - d) Haushaltsgroß- und Kühlgeräte, (Kühlschränke, Gefrierschränke, Herde, Spül- und Waschmaschinen usw., mit Ausnahme von asbesthaltigen Geräten)
 - e) Weihnachtsbäume.
 - f) Gartenabfälle
- (2) Die in Abs. 1a) genannten Abfälle zur Verwertung sind in den dazu bestimmten (blauen) Gefäßen, die in den Nenngrößen von 240 l und 1,1 cbm zugelassen sind, vom Abfallbesitzer zu sammeln und zur monatlichen Abfuhr unter Beachtung der weiteren Regelungen in dieser Satzung bereitzustellen.
- (3) Die in Abs. 1b) genannten Abfälle zur Verwertung sind in den dazu bestimmten (gelben) Säcken bzw. in farblich (gelb) gekennzeichneten Gefäßen vom Abfallbesitzer zu sammeln und zur monatlichen Abfuhr unter Beachtung der weiteren Regelungen dieser Satzung bereitzustellen. An private Haushalte und Gewerbetreibende werden gelbe Säcke bzw. 1,1 cbm Container mit gelbem Deckel ausgegeben, in welche die Verpackungen im Sinne der VerpackV mit Ausnahme von Papier, Pappe, Kartonagen, Weißblech und Glas einzu-

füllen sind.

- (4) Die in Abs. 1c) und Abs. 1d) genannten sperrigen Abfälle und Haushaltsgroß- und Kühlgeräte werden auf Abruf eingesammelt. Die Abholung dieser Abfälle ist von dem Grundstückseigentümer oder Abfallbesitzer unter Verwendung der von der Stadt im Abfallkalender bereitgehaltenen „Service-Karte“ zu beantragen

In der „Service-Karte“ sind Art und Menge der Abfälle anzugeben. Die Abfälle sind auf dem Grundstück (z.B. Hof, Garten, Garage) in einer Entfernung von maximal fünf Metern zur Grundstücksgrenze des Antragstellers unter Berücksichtigung der weiteren Regelungen dieser Satzung bereitzustellen. In begründeten Einzelfällen kann eine andere Abholstelle vereinbart werden. Der Abfuhrzeitpunkt wird von den Kommunalen Betrieben Langen festgesetzt und dem Antragsteller mitgeteilt.

Der Antragsteller oder ein von ihm Beauftragter muss bei der Abholung anwesend sein, soweit mit der Stadt nichts anderes vereinbart ist.

- (5) Die in Abs. 1e) genannten Weihnachtsbäume sind an dem dafür vorgesehenen Abfuhrtag vom Abfallbesitzer unter Beachtung der weiteren Regelungen dieser Satzung zur Abfuhr bereitzustellen. Die Weihnachtsbäume müssen frei von Fremdstoffen (z.B. Lametta, Girlanden, Kunststoffbänder usw.) sein, damit sie der Kompostierung zugeführt werden können.
- (6) Die in den Absätzen 2 bis 5 aufgeführten Leistungen können auch von Gewerbebetrieben im haushaltsüblichen Rahmen bzw. unter Beachtung des § 14 Abs. 8 in Anspruch genommen werden.

§ 5

Getrennte Einsammlung von Abfällen zur Verwertung im Bringsystem

- (1) Die Stadt nimmt beim Bringsystem folgende Abfälle zur Verwertung an, wobei die Annahme der in h), j – m) und r) genannten Abfälle unter Vorbehalt einer anderweitigen Regelung erfolgt:
- a) Papier, Pappe und Kartonagen,
 - b) Altglas,
 - c) Weißblech,
 - d) Verpackungen i.S.d. VerpackV,
 - e) Gartenabfälle,
 - f) Altholz (in haushaltsüblichen Mengen),
 - g) Altkleider,
 - h) Altöl im Sinne der AltöIV,
 - i) Altreifen (bis 4 Stück pro Haushalt im Jahr),
 - j) Autobatterien (bis 1 Stück),
 - k) Batterien, Akkus im Sinne der BattV,
 - l) Elektro- und Elektronikschrott (Fernsehgeräte, Computermonitore usw.),
 - m) Haushaltsgroß- und Kühlgeräte (Kühlschränke, Gefrierschränke, Herde, Waschmaschinen, Spülmaschinen usw., mit Ausnahme von asbesthaltigen Geräten),
 - n) Korkabfälle,
 - o) Polyurethandosen (Dämmschäume),

- p) Schrott, Altmetall,
 - q) Compact-Discs, CD-ROM's,
 - r) Leuchtstoffröhren (Gasentladungslampen),
 - s) Bauschutt (rein mineralisch, unvermischt),
 - t) Baustellenabfälle (sortiert).
- (2) Die Stadt stellt zur Einsammlung der in Abs. 1a) bis c) genannten Abfälle Sammelbehälter an allgemein zugänglichen Plätzen auf. Die Sammelbehälter tragen Aufschriften zur Kennzeichnung der Abfallarten, sowie bei Glas die Farben, die jeweils in einen Behälter eingegeben werden dürfen. Andere Abfälle als die so bezeichneten dürfen nicht in diese Sammelbehältnisse eingegeben werden. Das Einfüllen in die Sammelbehälter ist an Sonn- und Feiertagen ganztägig, werktags in der Zeit zwischen 13.00 und 15.00 Uhr sowie zwischen 19.00 und 7.00 Uhr verboten. Gewerbliche Abfallbesitzer erhalten auf schriftlichen Antrag bei der Stadt gebührenfrei einen Sammelbehälter für die in Abs. 1 a) genannten Abfälle.
- (3) Die in Abs. c) bis t) genannten Abfälle sind vom Abfallbesitzer zum Wertstoffhof der Kommunalen Betriebe Langen zu bringen und dem dort anwesenden Personal zur ordnungsgemäßen Lagerung zu überlassen. Die Öffnungszeiten des Wertstoffhofes werden im Abfallkalender einmal jährlich bekannt gegeben. Satz 1 gilt im haushaltsüblichen Rahmen auch für Gewerbebetriebe.

§ 6

Einsammlung von Abfällen zur Beseitigung (Restmüll)

- (1) Abfälle, die nicht der Verwertung zugeführt werden (Restmüll), werden im Holsystem eingesammelt.
- (2) Der Restmüll ist vom Abfallbesitzer in den dafür vorgesehenen Gefäßen zu sammeln und an den Abfuhrtagen unter Beachtung der weiteren Regelungen dieser Satzung bereitzustellen.
- (3) Als Gefäße für Restmüll zugelassen sind die in § 8 Abs. 1 genannten Gefäße mit folgenden Nenngrößen:
- | | | |
|----|-----------|---------------------|
| a) | 50 Liter | Müllsack |
| b) | 35 Liter | Müllgefäß (Einsatz) |
| c) | 60 Liter | Müllgefäß |
| d) | 80 Liter | Müllgefäß |
| e) | 120 Liter | Müllgefäß |
| f) | 240 Liter | Müllgefäß |
| g) | 1,1 cbm | Müllgroßbehälter |
- (4) In die Gefäße für Restmüll dürfen keine Abfälle zur Verwertung eingegeben werden, die nach §§ 4 und 5 getrennt gesammelt werden oder nach § 2 dieser Satzung von der Einsammlung ausgeschlossen sind. Verstöße gegen diese Bestimmungen berechtigen die Stadt oder die von ihr mit der Abfuhr beauftragten Dritten, die Abfuhr des Restmülls zu verweigern, bis diese Abfälle aus dem Gefäß für Restmüll entnommen worden sind. Die Ahndungsmöglichkeiten als Ordnungswidrigkeit bleiben in diesem Falle unberührt.
- (4a) Bei Grundstücken, auf denen sich Wohnanlagen mit mehr als 15 Wohneinheiten befinden, kann auf Antrag des Grundstückseigentümers bzw. der Hausverwaltung die Ein-

sammlung der Restabfälle in genormten, rollbaren 1,1 cbm Müllgroßbehältern mit Müllschleusen erfolgen. Die Anzahl der Müllschleusen auf dem Grundstück kann von der Stadt Langen bestimmt werden. Die Aufstellung der Müllschleusen setzt voraus, dass dem Referat Kasse und Steuern die Anzahl der in den einzelnen Wohneinheiten gemeldeten Personen durch den Grundstückseigentümer bzw. die Hausverwaltung mitgeteilt wird. Eine Überprüfung von Veränderungen hinsichtlich der Personenzahl erfolgt zweimal jährlich, jeweils zum 01.04. und 01.10. des Jahres.

§ 7

Einsammlung von Abfällen auf öffentlichen Verkehrsflächen

- (1) Für die Aufnahme von Abfällen, die anlässlich der Benutzung von öffentlichen Grünanlagen, öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen anfallen, stellt die Stadt Gefäße (Papierkörbe) auf. Die Besitzer dieser Abfälle sind verpflichtet, diese Gefäße zu benutzen. Dies gilt insbesondere für Hundekot, Speiseabfälle, Papiertaschentücher, Zigarettenkippen usw..
- (2) Vorsätzliche und fahrlässige Zuwiderhandlungen werden ordnungsrechtlich nach dem "Bußgeldkatalog für Abfall im gemeindlichen Zuständigkeitsbereich nach § 29 Abs. 3 Satz 2 iVm § 25a Abs. 1 HAKA" verfolgt.

§ 8

Abfallgefäße, Mindestgefäßvolumen

- (1) Die Gefäße für den Restmüll und für andere Abfälle, die im Holsystem entsorgt werden, stellt die Stadt den Abfallbesitzern entgeltlich zur Verfügung. Die Anschlusspflichtigen gem. § 11 Abs. 1 haben diese Gefäße pfleglich zu behandeln. Sie haften für schuldhafte Beschädigungen und für Verluste. Sie sind auch für die Reinigung der Gefäße zuständig.
- (2) Die Abfallgefäße dürfen nicht zweckwidrig verwendet werden, insbesondere dürfen sie nur so weit gefüllt werden, dass ihre Deckel sich gut schließen lassen. Einschlämmen und Einstampfen des Inhalts ist nicht gestattet. Die Deckel sind geschlossen zu halten.
- (3) Zur Kenntlichmachung des Inhalts der Gefäße dient deren Farbe. In die schwarzen oder grünen Gefäße ist der Restmüll einzufüllen, in die blauen Gefäße bzw. in Gefäße mit einem blauen Deckel sind Papier, Kartonagen und Pappe einzufüllen. In die Gelben Säcke bzw. in Gefäße mit einem gelben Deckel sind Verpackungsabfälle im Sinne der VerpackV einzufüllen.
- (4) Die Abfallgefäße sind an den öffentlich bekannt gegebenen Abfuhrtagen und -zeiten an gut erreichbarer Stelle an dem zur Fahrbahn liegenden Rand des Gehweges oder - soweit keine Gehwege vorhanden sind - am äußersten Fahrbahnrand für eine gewünschte Entleerung bereitzustellen. Der Straßenverkehr darf nicht oder nicht mehr als notwendig und vertretbar beeinträchtigt werden. Nach erfolgter Leerung der Gefäße sind diese unverzüglich durch den Anschlusspflichtigen oder den von ihm Beauftragten auf das Grundstück zurückzustellen.
- (5) In besonderen Fällen - wenn zum Beispiel Grundstücke nicht von den Abfuhrfahrzeugen angefahren werden können - kann der Magistrat bestimmen, an welcher Stelle die Abfallgefäße zur Entleerung aufzustellen sind, wobei die betrieblichen Notwendigkeiten der Abfalleinsammlung zu berücksichtigen sind.

- (6) Müllsäcke können ausnahmsweise anstelle von oder zusätzlich zu Abfallgefäßen zugelassen werden, wenn auf einem anschlusspflichtigen Grundstück nur vorübergehend geringe Abfallmengen anfallen oder wenn vorübergehend zusätzliche Abfallmengen anfallen, die in den Abfallgefäßen nicht untergebracht werden können. Die Müllsäcke sind an den im Abfallkalender aufgeführten Verkaufsstellen zu beziehen.
- (7) Die Zuteilung der Abfallgefäße an die anschlusspflichtigen Grundstücke erfolgt durch den Magistrat nach Bedarf, wobei pro Einwohner/Einwohnergleichwert 15 l/ Woche Gefäßvolumen für den Restmüll in Ansatz gebracht werden. Dieses Mindestbehältervolumen gilt auch beim Vorhandensein von Müllschleusen. Abweichend von Satz 1 kann auf Antrag, bei der durch den Erzeuger oder Besitzer von gewerblichen Siedlungsabfällen nachgewiesenen Nutzung von Vermeidungs- und Verwertungsmöglichkeiten, ein geringeres Mindestbehältervolumen zugelassen werden. Die Stadt legt aufgrund der vorgelegten Nachweise und ggf. eigenen Ermittlungen oder Erkenntnissen das zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Entsorgung erforderliche Behältervolumen fest. Auf jedem anschlusspflichtigen Grundstück muss mindestens das kleinste zugelassene Gefäß für Restmüll vorgehalten werden.
- (7a) Soweit der Anschlusspflichtige nachweist und schriftlich bestätigt, dass ausnahmslos alle auf dem Grundstück anfallenden kompostierbaren Abfälle ordnungsgemäß und schadlos selbst verwertet werden und wenn für die Ausbringung des Produkts eine eigene gärtnerische oder landwirtschaftlich genutzte Fläche von 25 qm je Grundstücksbewohner nachgewiesen wird, verringert sich das erforderliche Gefäßvolumen für Restmüll auf 10 Liter pro Einwohner und Woche. Für Besitzer von gewerblichen Siedlungsabfällen gemäß § 1 Abs. 7 gilt sinngemäß das gleiche, soweit eine getrennte Erfassung und Verwertung der kompostierbaren Abfälle nachgewiesen wird.
- (8) In Ausnahmefällen kann der Magistrat zwei oder mehreren anschlusspflichtigen Grundstücken die gemeinsame Nutzung eines Müllbehälters gestatten (Nachbarschafts-tonne). Die betroffenen Abfallbesitzer sind bei Inanspruchnahme der Abfallentsorgung weiterhin an die Rechte und Pflichten der geltenden Satzung gebunden. Einer der Grundstückseigentümer muss sich zur Zahlung der fälligen Gebühren verpflichten.
- (9) Für Betriebe und ähnliche Einrichtungen wird das erforderliche Gefäßvolumen für den Restmüll vom Magistrat unter Beachtung der regelmäßig anfallenden Restmüllmengen auf dem jeweiligen Grundstück festgesetzt.
- (10) Für die Einsammlung von Abfällen zur Verwertung wird - soweit verfügbar - ein Gefäß mit gleicher Größe wie die zugeteilten Restmüllgefäße bereitgestellt (Regelausstattung). Die Benutzung einer Papiertonne durch mehrere Grundstückseigentümer ist möglich.
- (11) Änderungen im Gefäßbedarf hat der Anschlusspflichtige unverzüglich der Stadt mitzuteilen und auf Verlangen zu begründen.

§ 9

Bereitstellung sperriger Abfälle

- (1) Sperrige Abfälle sind bewegliche Gegenstände, die selbst nach zumutbarer Zerkleinerung wegen ihrer Sperrigkeit, ihres Gewichts oder ihrer Materialbeschaffenheit nicht in die bereitgestellten Abfallbehälter (oder zusätzliche Müllsäcke) eingebracht werden können.

(2) Sperrige Abfälle sind insbesondere nicht:

- Baustellenabfälle
- Bauschutt/ Abbruchmaterial
- Abfälle aus vollständigen Wohnungsaufösungen

sowie sämtliche Abfälle nach § 2 dieser Satzung.

(3) Sperrige Abfälle sind an dem von den Kommunalen Betrieben Langen den Haushalten, die eine kostenpflichtige Abfuhr beantragt haben, mitgeteilten Termin auf dem Grundstück des Antragstellers (z.B.: Hof, Garten, Garage) in direkter Nähe des Straßenrandes bzw. einer Entfernung von maximal 5 Metern zum Straßenrand so bereitzustellen, dass sie ohne Aufwand aufgenommen werden können.

(4) Die sperrigen Abfälle sind getrennt bereitzustellen (z. B. Altholz, Altmetall, Elektroschrott), damit die Möglichkeiten der Wiederverwendung und Verwertung genutzt werden können.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten auch für andere Abfälle, die in besonderen, von der Stadt öffentlich bekannt gemachten Einsammlungsaktionen und -terminen außerhalb von Abfallgefäßen, zum Beispiel gebündelt oder versackt, zur Einsammlung bereitgestellt werden.

§ 9 a

Bereitstellung von Gartenabfällen

- (1) Zur Einsammlung der in § 4 Abs. 1 f) genannten Gartenabfälle wird vom 15. März bis zum 15. November jeden Jahres eine kostenpflichtige Grünschnittabfuhr auf Abruf angeboten.
- (2) Sperrige Gartenabfälle sind an dem von den Kommunalen Betrieben Langen den Haushalten mitgeteilten Termin in gebündelter Form auf dem Grundstück des Antragstellers in direkter Nähe des Straßenrandes bzw. einer Entfernung von maximal 5 Metern zum Straßenrand so bereit zu stellen, dass sie ohne Aufwand aufgenommen werden können. Bei den Abfahrten werden auch Wurzeln und Äste bis zu einer Stärke von 10 Zentimetern sowie einer Länge von 1,5 Metern mitgenommen. Bündel, Wurzeln und Äste dürfen jeweils ein Gewicht von 25 Kg nicht überschreiten. Sonstige Gartenabfälle (z.B. Laub und Rasenschnitt) sind in den von der Stadt Langen angebotenen Grünabfallsäcken aus Papier bereit zu stellen. Pro Abfuhr werden maximal 3 cbm sperrige Gartenabfälle bzw. maximal 10 Grünabfallsäcke mitgenommen.

§ 10

Einsammlungstermine

- (3) Die Einsammlungstermine werden in dem jährlich erscheinenden Abfallkalender bekannt gegeben.
- (4) Die Stadt gibt im Abfallkalender und Abfallwegweiser nach Möglichkeit auch die Termine für die Einsammlungen von Abfällen nach § 3 Abs 3 HAKA ("Schadstoff-Kleinmengen") und anderen Abfällen bekannt, die nicht von ihr, sondern von Dritten (Landkreis, Verbänden, Vereinen u.a.) zulässigerweise durchgeführt werden.

§11**Anschluss- und Benutzungszwang**

- (1) Jeder Eigentümer, Erbbauberechtigte, Nießbraucher oder sonst zur Nutzung eines Grundstücks dinglich Berechtigte ist verpflichtet, das Grundstück an die im Holsystem betriebene Abfalleinsammlung anzuschließen, wenn das Grundstück bewohnt oder gewerblich genutzt wird oder hierauf aus anderen Gründen Abfälle anfallen. Das Grundstück gilt als angeschlossen, wenn auf ihm ein Gefäß für Restmüll (§ 6 Abs. 3) aufgestellt worden ist.
- (2) Als Grundstück im Sinne dieser Satzung gilt ohne Rücksicht auf die Eintragung im Liegenschaftskataster oder im Grundbuch jeder zusammenhängende Grundbesitz (auch Teilgrundstück) desselben Eigentümers, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.
- (3) Der Anschlusspflichtige nach Abs. 1 hat jeden Wechsel im Grundstückseigentum unverzüglich der Stadt mitzuteilen; diese Verpflichtung hat auch der neue Grundstückseigentümer.
- (4) Darüber hinaus hat der Anschlusspflichtige der Stadt alle für die Abfallentsorgung erforderlichen sachbezogenen Auskünfte zu erteilen.
- (5) Jeder Abfallerzeuger oder -besitzer ist verpflichtet, seine Abfälle, soweit sie nicht von der städtischen Abfallentsorgung gemäß § 2 Abs. 2 ausgeschlossen sind, der öffentlichen Abfallentsorgung zu überlassen und sich hierbei der angebotenen Systeme (Hol- und Bring-system) zu bedienen. Dies gilt nicht für:
 - a) Abfälle zur Verwertung aus privaten Haushaltungen, soweit ihre Erzeuger oder Besitzer selbst zu einer Verwertung in der Lage sind und diese beabsichtigen,
 - b) Abfälle, die durch gemeinnützige oder gewerbliche Sammlung einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt werden,
 - c) Abfälle zur Verwertung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen,
 - d) Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, soweit ihre Erzeuger oder Besitzer diese in eigenen Anlagen beseitigen und keine überwiegenden öffentlichen Interessen eine Überlassung erfordern; überwiegende öffentliche Interessen sind insbesondere dann gegeben, wenn ohne eine Abfallüberlassung an den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger die Entsorgungssicherheit, der Bestand, die Funktionsfähigkeit oder die wirtschaftliche Auslastung der vorhandenen oder künftigen Abfallentsorgungseinrichtungen beeinträchtigt wird.
 - e) pflanzliche Abfälle, deren Beseitigung gemäß der Verordnung über die Beseitigung von pflanzlichen Abfällen außerhalb von Abfallbeseitigungsanlagen vom 17.3.1975 (GVBl. I S. 174) zugelassen ist.

§ 12

Allgemeine Pflichten

- (1) Den Beauftragten der Stadt ist zur Prüfung, ob und wie die Vorschriften dieser Satzung befolgt werden, ungehinderter Zutritt zu den Grundstücken zu gewähren, auf denen überlassungspflichtige Abfälle anfallen. Ihre Anordnungen sind zu befolgen. Sie haben sich durch einen von der Stadt ausgestellten Dienstausweis auszuweisen.
- (2) Abfälle, die nicht in den satzungsgemäßen Gefäßen oder sonst satzungswidrig zur Abholung bereitgestellt werden, bleiben von der Einsammlung ausgeschlossen. Sie sind zum nächsten Abfuhrtermin unter Beachtung der Vorgaben dieser Satzung erneut zur Einsammlung bereitzustellen.
- (3) Verunreinigungen durch Abfallgefäße, Müllsäcke, bereitgestellte sperrige Abfälle oder sonstige Ursachen im Zusammenhang mit der Abfallentsorgung hat der zur Straßenreinigung Verpflichtete zu beseitigen.
- (4) Im Abfall vorgefundene Wertgegenstände werden als Fundsachen behandelt. Die Stadt ist nicht verpflichtet, im Abfall nach verlorenen Gegenständen suchen zu lassen.
- (5) Soweit zur Durchführung dieser Satzung erforderlich, müssen Grundstückseigentümer und die Besitzer und Erzeuger von Abfällen Auskünfte erteilen.

§ 13

Unterbrechung der Abfalleinsammlung

Die Stadt sorgt bei Betriebsstörungen für Übergangsregelungen zur ordnungsgemäßen Abfalleinsammlung, die erforderlichenfalls durch öffentliche Bekanntmachung den Betroffenen mitgeteilt werden können.

Teil II

§ 14

Gebühren

- (1) Zur Deckung des Aufwandes, der ihr bei der Wahrnehmung abfallwirtschaftlicher Aufgaben entsteht, erhebt die Stadt Gebühren.
- (2) Die Gebühr setzt sich zusammen aus einer Grundgebühr (Personengebühr) und einer Leistungsgebühr.
 - a) Als Leistungsgebühr für den Zeitraum eines Jahres werden erhoben bei Zuteilung eines:

| | Bei wöchentlicher Leerung | Bei vierzehntägiger Leerung (§ 16 Abs. 1) |
|-----------------------------------|------------------------------|--|
| a) 35 Liter Müllgefäßes (Einsatz) | 88,00 Euro | 37,00 Euro |
| b) 60 Liter Müllgefäßes | 151,00 Euro | 63,00 Euro |
| c) 80 Liter Müllgefäßes | 202,00 Euro | 84,00 Euro |
| d) 120 Liter Müllgefäßes | 302,00 Euro | 126,00 Euro |
| e) 240 Liter Müllgefäßes | 604,00 Euro | 252,00 Euro |
| f) 1,1 cbm Müllgroßbehälters | 2.575,00 Euro | 1.075,00 Euro |

b) Als Leistungsgebühr für die Benutzung der Müllschleuse werden erhoben:

| | |
|---|-----------|
| pro Einwurf in die 5 Liter-Müllschleuse: | 0,23 Euro |
| pro Einwurf in die 10 Liter-Müllschleuse: | 0,46 Euro |
| pro Einwurf in die 15 Liter-Müllschleuse: | 0,69 Euro |

c) Im Falle einer Falschbefüllung von Gefäßen zur Sammlung von Altpapier und Verpackungen gemäß § 4 Abs. 1 a) und b) wird auf Antrag die Entleerung der Gefäße im Rahmen der Hausmüllabfuhr vorgenommen. Die Gebühr zur Leerung eines 1,1 cbm Müllgroßbehälters beträgt 60,00 Euro. Für die Sonderleerung von Müllgefäßen mit einer Größe zwischen 35 und 120 Litern wird eine Gebühr von 20,00 Euro erhoben. Für die Leerung eines 240 Liter Müllgefäßes beträgt die Gebühr 25,00 Euro.

d) Pro Einwohner und/oder Einwohnergleichwert eines Grundstücks werden zusätzlich zu Abs. 2a) jährlich 29,00 Euro erhoben (Personengebühr). Für Gewerbebetriebe gilt der vorgenannte Gebührensatz nur für die jeweils ersten drei Einwohnergleichwerte (EGW), ab dem jeweils vierten Einwohnergleichwert wird ein Gebührensatz von 13,10 Euro pro EGW erhoben.

(3) Für die Ermittlung der Einwohnergleichwerte (EGW) für Grundstücke, die nicht ausschließlich dem Wohnen dienen, gilt folgende Regelung:

| | |
|--|-------|
| a) Kasernen, Krankenhäuser, Sanatorien, Altenheime und ähnliche Einrichtungen: je drei Betten | 1 EGW |
| b) Schulen und Kindergärten (Schüler, Kinder, Lehrer und sonstiges Personal): je 20 Personen | 1 EGW |
| c) Öffentliche Verwaltungen, Banken, Verbände, Versicherungen, Verwaltungen von Industrie, Handwerk, und Gewerbebetrieben: je 2 Beschäftigte | 1 EGW |
| d) Selbständig Tätige der freien Berufe mit Geschäfts- oder Praxisräumen: je 1 Beschäftigter | 1 EGW |
| e) Schank- und Speisewirtschaften: je 1 Beschäftigter | 3 EGW |
| f) Betriebe des Beherbergungsgewerbes, Pensionen: je 6 Betten | 1 EGW |

| | | |
|----|--|-------|
| g) | Einzelhandelsgeschäfte, Bäckereien, Metzgereien je 1 Beschäftigter | 1 EGW |
| h) | Industrie, Handwerk und übriges Gewerbe, sofern in diesen Betrieben objektiv Abfall anfällt: je 1 Beschäftigter | 1 EGW |
| i) | Campingplätze je Stellplatz (für Wohnwagen oder Zelt) | 2 EGW |
| j) | Bebaute, bewohnbare Grundstücke, für die kein Wohnsitz i.S. des Melderechts besteht (auch Wochenendgrundstücke) | 2 EGW |
| k) | Kioske, Verkaufs- und Imbiss-Stände | 5 EGW |

Sofern eine Ermittlung der Einwohnergleichwerte nach a) bis k) nicht möglich ist, erfolgt deren Festsetzung nach Anhörung des Gebührenpflichtigen unter Berücksichtigung der tatsächlich regelmäßig anfallenden Abfallmenge. Es ist jedoch mindestens 1 EGW pro Betrieb anzusetzen. Sofern einem Antrag nach § 8 Abs. 7 Satz 2 und 3 stattgegeben worden ist, erfolgt eine proportionale Rückrechnung des von der Stadt festgelegten Volumens auf die EGW. Eine Überprüfung von Veränderungen hinsichtlich der Personenzahl und der Einwohnergleichwerte erfolgt zum 01.04. und zum 01.10. eines Jahres.

- (4) Als Beschäftigte im Sinne des Abs. 3 sind alle in einem Betrieb Tätige zu berücksichtigen, auch wenn sie gleichzeitig auf dem Betriebsgrundstück wohnen. Beschäftigte, die weniger als die Hälfte der branchenüblichen regelmäßigen Arbeitszeit auf dem Betriebsgrundstück sind, werden zu einem Viertel berücksichtigt. Bei gemischt genutzten Grundstücken werden die Zahlen der Einwohner und der Einwohnergleichwerte addiert.
- (5) Befinden sich auf einem Grundstück neben Einrichtungen nach Abs. 3 auch Privatwohnungen, können getrennte Behälter bereitgestellt werden.
- (6) Wird ein Müllgroßbehälter oder ein Container mit ausreichendem Volumen aufgestellt und befindet sich auf dem Grundstück neben der Einrichtung lediglich die Privatwohnung des Inhabers bzw. seiner Familie, werden keine getrennten Behälter verlangt. Dies gilt jedoch nur, wenn von der Art des gemeinsam anfallenden Mülls der ordnungsgemäßen Entsorgung nichts entgegensteht.
- (7) Der Verkaufspreis für die 50-Liter-Müllsäcke (grau mit Aufdruck: "Müllsack der Stadt Langen") beträgt 2 Euro pro Stück. Hierin sind die Kosten für die Einsammlung und Beseitigung des Restmülls enthalten.

- (8) Gegen eine Gebühr von 15,00 Euro wird die Abholung des Sperrmülls vom Grundstück gemäß § 9 Abs. 3 auf Abruf angeboten („Sperrmüllabfuhr auf Abruf“). Die Gebühr ist durch den Kauf einer Gebührenmarke zu entrichten. Die Gebührenmarke kann an den im Abfallkalender aufgeführten Verkaufsstellen erworben werden und ist auf die im Abfallkalender enthaltene „Service-Karte“ aufzukleben.

Sämtliche Gegenstände, die abgeholt werden sollen, sind auf der Service-Karte anzugeben. Maximal 3 cbm Volumen sperriger Abfälle werden abgeholt.

Die Festlegung der Sperrmülltermine kann für Wohnanlagen, die mindestens einen 1,1 m³ Container nutzen, durch den Hausmeister oder die Hausverwaltung in Abstimmung mit den Kommunalen Betrieben Langen erfolgen. Die Anzahl der Abholungen pro Jahr und die Sperrmüllmenge müssen im Verhältnis zur Anzahl der Haushalte stehen.

- (9) Gegen eine Gebühr von 10,00 Euro wird die Abholung der gebündelten sperrigen Gartenabfälle und der von der Stadt Langen angebotenen Grünabfallsäcke vom Grundstück auf Abruf angeboten („Grünschnittabfuhr auf Abruf“). Die Gebühr ist durch den Kauf einer Gebührenmarke zu entrichten. Die Gebührenmarke kann an den im Abfallkalender aufgeführten Verkaufsstellen erworben werden und ist auf die im Abfallkalender enthaltene „Service-Karte“ aufzukleben. Die Abfuhr von Laub und Rasen erfolgt nur in den von der Stadt Langen angebotenen Grünabfallsäcken.

(9a) entfällt

- (10) Als Service wird der Hin- und Rücktransport der Abfallgefäße zur Entleerung an den Straßenrand angeboten (Vollservice).

Die Wegegebühr für den Vollservice beträgt bis zu einer Entfernung von 10 Metern zum Straßenrand:

bei wöchentlicher Leerung:

| | | |
|----|--------------------------------|-----------------|
| a) | 35 l, 60 l, 80 l, 120 l, 240 l | 40,00 Euro/Jahr |
| b) | 1,1 cbm Großmüllbehälter | 84,00 Euro/Jahr |

bei vierzehntägiger Leerung:

| | | |
|----|--------------------------------|-----------------|
| a) | 35 l, 60 l, 80 l, 120 l, 240 l | 20,00 Euro/Jahr |
| b) | 1,1 cbm Großmüllbehälter | 42,00 Euro/Jahr |

Sind die Abfallgefäße mehr als 10 Meter zum Straßenrand zu transportieren, beträgt die Wegegebühr für den Vollservice:

bei wöchentlicher Leerung:

| | | |
|----|--------------------------------|------------------|
| a) | 35 l, 60 l, 80 l, 120 l, 240 l | 68,00 Euro/Jahr |
| b) | 1,1 cbm Großmüllbehälter | 253,00 Euro/Jahr |

bei vierzehntägiger Leerung:

| | | |
|----|--------------------------------|------------------|
| a) | 35 l, 60 l, 80 l, 120 l, 240 l | 34,00 Euro/Jahr |
| b) | 1,1 cbm Großmüllbehälter | 126,50 Euro/Jahr |

Ist die Bereitstellung von 1,1-cbm Großmüllbehältern am Gehweg bzw. am Straßenrand oder an einer anderen Stelle nicht möglich oder nicht zumutbar und lassen es die tatsächlichen Verhältnisse des Grundstücks zu, kann, sofern der Grundstückseigentümer dem schriftlich zustimmt und eine Haftungsbeschränkung erklärt, wonach die Stadt nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit auf Schadenersatz in Anspruch genom-

men werden kann, das Grundstück auch von dem Abfallsammelfahrzeug befahren werden, um die Entleerung der Großbehälter auf dem Grundstück vorzunehmen.

Für das Befahren des Grundstücks wird unabhängig von der Zahl der zu entleerenden Behälter eine Gebühr in Höhe 90,00 Euro/Jahr bzw. bei 14-tägiger Leerung in Höhe von 45,00 Euro/Jahr erhoben.

(10a) Die gemäß Satzung erforderlichen Müllbehälter können kostenfrei am Wertstoffhof abgeholt werden.

Als Service wird auf Wunsch die Auslieferung von Müllbehältern bei Zuzug, die Abholung von Müllbehältern bei Wegzug sowie der Wechsel bei Änderung des erforderlichen Behältervolumens angeboten.

Die Gebühr für die Auslieferung, die Abholung oder den Austausch beträgt je Müllbehälter:

- a) 10,00 Euro für bis zu 240 l große Müllgefäße und
- b) 20,00 Euro für 1,1 cbm Müllcontainer

Defekte Behälter werden kostenfrei repariert.

§ 15

Entgelt für die Annahme von Abfällen auf dem Wertstoffhof

(1) Bei der Anlieferung von Abfällen auf dem Wertstoffhof im zugelassenen Umfang werden folgende Gebühren erhoben:

- | | |
|--|-------------------------|
| a) Restabfälle aus Haushaltungen und Gewerbe | 4,00 Euro pro 100 Liter |
| b) Altholz A IV | 4,00 Euro pro 100 Liter |
| c) Bauschutt | 2,00 Euro pro 100 Liter |
| d) Reifen | 2,00 Euro pro Stück |
| e) LKW-Reifen | 10,00 Euro pro Stück |

Das Entgelt ist bei der Anlieferung an das Aufsichtspersonal zu zahlen.

(2) Unentgeltlich können an einem Tag am Wertstoffhof von Einwohnerinnen und Einwohnern in haushaltsüblichen Mengen abgegeben werden:

Altholz A I-III bis 300 Liter; Sperrmüll bis 300 Liter; Gartenabfälle bis 300 Liter; Altglas; Altöl im Sinne der AltölV. bis 10 Liter; Altmetall; Papier, Pappe und Kartonagen; Batterien im Sinne der BattV., Akkus, Autobatterien (1 Stück); Korkabfälle; Verpackungsmaterial im Sinne der VerpackV; Polyurethandosens; Compact Discs; Elektro- und Elektronikaltgeräte wie beispielsweise Kühlgeräte, Waschmaschinen, Fernsehgeräte, Kopierer, Personalcomputer, Monitore, Telekommunikationsgeräte, Geräte der Unterhaltungselektronik, Haushaltskleingeräte, elektrische Werkzeuge und Spielzeuge; Leuchtstoffröhren.

Bei Anlieferung von Abfällen auf dem Wertstoffhof, die über die genannten Mengen hinausgehen, werden folgende Gebühren erhoben:

- | | |
|--------------------|-------------------------|
| a) Gartenabfälle | 1,00 Euro pro 100 Liter |
| b) Altholz A I-III | 2,00 Euro pro 100 Liter |
| c) Sperrmüll | 4,00 Euro pro 100 Liter |

- (3) Als Obergrenze für die Anlieferung auf dem Wertstoffhof gelten folgende Mengen:
- | | |
|--|-------------|
| a) Restabfälle aus Haushaltungen und Gewerbe | 3.000 Liter |
| b) Altholz I-IV | 3.000 Liter |
| c) Sperrmüll | 3.000 Liter |
| d) Bauschutt | 3.000 Liter |
| e) Gartenabfälle | 3.000 Liter |
| f) Altöl | 10 Liter |
| g) Reifen | 8 Stück |
| h) LKW-Reifen | 6 Stück |

§ 16 **14-tägige Entleerung;** **Gebühreennachlass und Abfuhrhythmus**

- (1) Auf Antrag erhalten Grundstückseigentümer Müllbehälter mit orangefarbenen Deckeln, sofern alle Müllbehälter eines Grundstücks nur 14-tägig bereitgestellt werden (§ 14 Abs. 2a).
- (2) Die Entleerung der von der Stadt gekennzeichneten Müllbehälter erfolgt in der 1. und jeweils dann folgenden ungeraden Woche des Jahres; - alternativ in der 2. und dann jeweils folgenden geraden Woche des Jahres -. Die Wochenzählung beginnt am 01.01. eines Jahres neu.

§ 17 **Ermäßigung für Kinderreiche**

Auf schriftlichen Antrag wird Kinderreichen die Personengebühr des § 14 Abs. 2 b für das dritte und jedes weitere Kind erstattet. Als kinderreich im Sinne dieser Regelung gelten Familien mit mindestens 3, ohne eigenes Einkommen in der Familie lebenden Kindern, wobei das dritte und jedes weitere Kind unter 16 Jahre alt sein müssen. Als Einkommen zählt jeder regelmäßige und dauerhafte Geldzufluss unabhängig von der Art und Höhe des Einkommens (z.B. Ausbildungsvergütung, Einkommen aus selbständiger oder nichtselbständiger Tätigkeit).

§ 18 **Gebührenpflichtige;** **Entstehen und Fälligkeit der Gebühr**

- (1) Gebührenpflichtig ist der Grundstückseigentümer, im Falle eines Erbbaurechts der Erbbauberechtigte, der Wohnungseigentümer und jeder andere Abfallerzeuger oder -besitzer im Sinne des § 11. Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner. Bei einem Wechsel im Grundeigentum haften alte und neue Eigentümer bis zum Eingang der Mitteilung nach § 11 Abs. 3 für rückständige Gebührenansprüche.
- (2) Die Gebührenpflicht entsteht mit Beginn des Monats der Anmeldung bzw. der Zuteilung der Abfallgefäße und sie endet mit dem Monat der Rückgabe der Abfallgefäße bzw. der Abmeldung.
- (3) Die Gebühr ist einen Monat nach Bekanntgabe des Abgabenbescheides fällig. Die Stadt erhebt die Gebühr jährlich; sie kann vierteljährliche Vorauszahlungen verlangen.

§ 19

Billigkeitsregelung

In Härtefällen kann der Magistrat auf Antrag die Gebühr nach den abgaberechtlichen Vorschriften niedriger festsetzen, ganz oder teilweise erlassen oder stunden. Ein Härtefall kann zum Beispiel vorliegen, wenn ein Heim- oder Krankenhausaufenthalt bzw. ein ständiger Aufenthalt im Ausland mit einer Dauer von mindestens drei Monaten Dauer nachgewiesen wird.

Teil III

§ 20

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
1. entgegen § 4 Abs. 2 und 3 oder § 5 Abs. 2 andere als die zugelassenen Abfälle in die Gefäße oder Sammelbehälter eingibt,
 2. entgegen § 6 Abs. 2 nicht angemeldete Gefäße für Restmüll zur Abfuhr bereitstellt,
 3. entgegen § 6 Abs. 4 Abfälle zur Verwertung in die Gefäße für Restmüll eingibt,
 4. entfallen -
 5. entgegen § 8 Abs. 2 Abfallgefäße zweckwidrig verwendet,
 6. entgegen § 8 Abs. 4 Satz 3 geleerte Abfallgefäße nicht unverzüglich auf sein Grundstück zurückstellt,
 7. entgegen § 8 Abs. 11 Änderungen im Bedarf an Müllgefäßen der Stadt nicht unverzüglich mitteilt,
 8. entgegen § 9 Abs. 2 nicht sperrige Abfälle bzw. von der Abfuhr sperriger Abfälle ausgeschlossene Abfälle bereitstellt,
 9. entgegen § 9 Abs. 4 zur Einsammlung bereitgestellte sperrige Abfälle unbefugt durchsucht, umlagert oder wegnimmt,
 10. entgegen § 11 Abs. 1 das Grundstück nicht an die öffentliche Abfallsammlung anschließt,
 11. entgegen § 11 Abs. 3 den Wechsel im Grundeigentum der Stadt nicht mitteilt,
 12. entgegen § 11 Abs. 5 überlassungspflichtige Abfälle nicht der öffentlichen Abfallentsorgung überlässt,
 13. entgegen § 12 Abs. 1 den Beauftragten der Stadt den Zutritt zum Grundstück verwehrt,
 14. entgegen § 12 Abs. 3 Verunreinigungen nicht beseitigt.

- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von mindestens fünf und höchstens ein-tausend Euro geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reicht das satzungsgemäße Höchstmaß hierzu nicht aus, so kann es überschritten werden.
- (3) Das Bundesgesetz über Ordnungswidrigkeiten in der jeweils gültigen Fassung findet An-wendung; zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist der Magistrat.

§ 21 Inkrafttreten

Diese Abfallsatzung tritt am 01.01.2003 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung über die geordnete Beseitigung von Abfällen in der Stadt Langen mit Gebührenordnung vom 24.02.1984, zuletzt geändert durch Satzung vom 01.10.2001, au-ßer Kraft.

Langen, den 26.06.2002

Der Magistrat der Stadt Langen

Pitthan
Bürgermeister

Die vorstehende Satzung mit Gebührenordnung wurde am 02.07.2002 in der "Langener Zei-tung" öffentlich bekannt gemacht.

| | Beschluss der Stadtverordneten- versammlung vom (Ausferti- gung) | Veröffentlicht in der Langener Zeitung am | Inkrafttreten am: |
|-------------|--|--|-------------------|
| 1. Änderung | 05.12.2002 (12.12.2002) | 17.12.2002 | 01.01.2003 |
| 2. Änderung | 02.10.2003 (07.10.2003) | 14.10.2003 | 01.01.2003 |
| 3. Änderung | 02.10.2003 (08.10.2003) | 14.10.2003 | 01.01.2004 |
| 4. Änderung | 13.10.2005 (18.10.2005) | 21.10.2005 | 01.01.2006 |
| 5. Änderung | 07.12.2006 (11.12.2006) | 15.12.2006 | 01.01.2007 |
| 6. Änderung | 04.12.2008 (05.12.2008) | 09.12.2008 | 01.01.2009 |
| 7. Änderung | 29.10.2009 (30.10.2009) | 06.11.2009 | 01.01.2010 |
| 8. Änderung | 03.12.2009 (04.12.2009) | 11.12.2009 | 01.01.2010 |